



**Fledermäuse** Viele Menschen ekeln sich vor den Tieren. Ohne Grund: Fledermäuse sind weder Blutsauger noch Schädlinge. 20

## Professor will die Stadt Zürich sparen lehren

Nicht Parlamentarier sollen die Finanzen der Stadt Zürich prüfen, sondern eine spezielle Kommission, die vom Volk gewählt wird, soll das tun. Das fordert Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger. Er verweist auf Sparerfolge in anderen Gemeinden.

**Von Thomas Zemp und Edgar Schuler**  
Zürich - Der Kanton will der Stadt Zürich bei den Finanzen genauer auf die Finger schauen. Zürich stehe wie Winterthur vor grossen finanziellen Herausforderungen, sagt Heinz Montanari, Abteilungsleiter Gemeindefinanzen beim Kanton (TA vom Donnerstag). Er sei nicht sicher, ob es diesen Gemeinden gelinge, «im grünen Bereich zu bleiben».

Finanzexperte Reiner Eichenberger beurteilt die finanzielle Lage der Stadt dennoch als nicht gravierend. Denn: «Sparen ist leicht möglich», sagt der Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Freiburg. Für ihn liegt das Problem beim Steuersatz: Eine «Steuerhölle» sei die Stadt Zürich im internationalen Vergleich - genau wie der Kanton. Dies gelte für gut Verdienende mit einem Einkommen ab 200 000 Franken, erklärt der Professor, der in Meilen wohnt. Nur gerade die Kantone Zug, Schwyz, Nid- und Obwalden sowie Appenzell Inner- und Aargau nehmen Eichenberger von dieser Steuerhölle aus. Zürich profitiere immerhin davon, dass gut verdienende Mitarbeiter von Zürcher Firmen in diesen Niedrigsteuern-Kantonen wohnen. Das sei ein wichtiger Standortvorteil, den die Städte Genf, Lausanne, Bern und Basel nicht haben.



R. Eichenberger

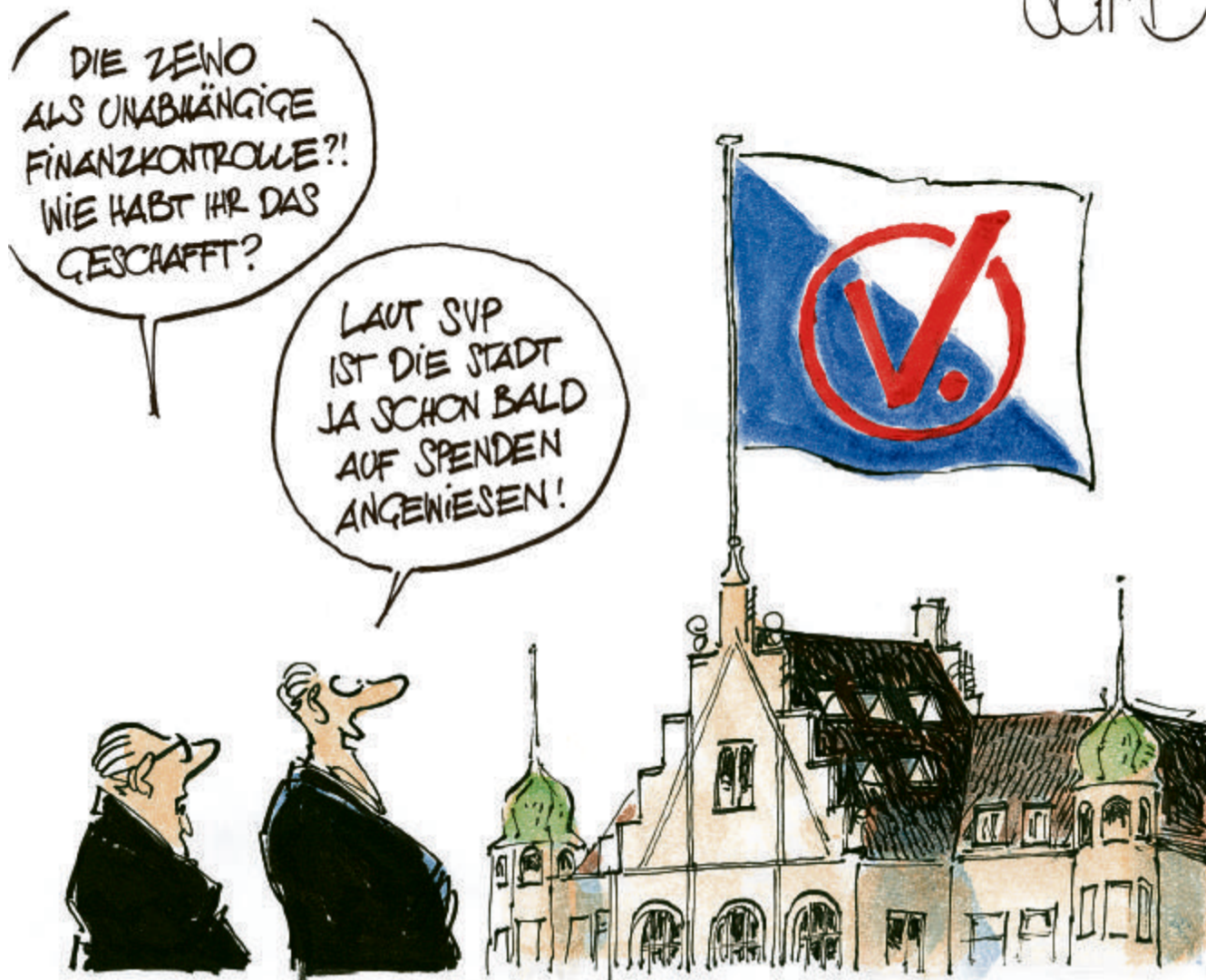
### Keine Zeit für Sparvorschläge

Eichenberger nennt als eine Hauptursache für die Ausgabefreudigkeit Zürichs das politische System. «In einem Parlament setzt niemand viel Zeit ein für gute Sparvorschläge. Diese Zeit nutzen die Ratsmitglieder lieber, um Geld für ihre Klientel herauszuholen.» Das gelte für die linke Seite genauso wie für die rechte. Dieselben Parlamentarier kontrollierten dann in der Finanzkommission oder Rechnungsprüfungskommission die Regierung, also den Stadtrat.

Eichenberger schlägt die Schaffung einer neuen Kontrollmacht vor: eine Rechnungsprüfungskommission, die nicht vom Parlament aus eigenen Mitgliedern gebildet, sondern vom Volk direkt gewählt wird. «Diese Kommission hat einen einzigen Auftrag: Sie prüft und kritisiert die Geschäfte von Stadtrat und Parlament und macht Vorschläge, wie diese verbessert werden können.»

Das Vorbild für eine solche Prüf- und Kontrollkommission muss man nicht weit suchen. In den Zürcher Landgemeinden ohne Parlament schreibt das Gesetz solche Kommissionen vor. Die meisten sind vom Volk direkt gewählt. Ihr Einfluss ist unter Umständen sehr gross. «Wenn der Präsident der Rechnungsprüfungskommission an einer Gemeindeversammlung aufsteht und klar und nüchtern gegen eine Vorlage argumentiert, hat der Gemeinderat einen schweren Stand», sagt ein - leidgeprüfter - Gemeindepräsident.

Das zeigt ein Beispiel aus der Gemeinde Embrach. Ende November lehnte das Stimmvolk die Sanierung eines Schulhauses für 28 Millionen Franken auf Anraten der Rechnungsprüfungskommission an der Urne ab. Für die Kommission kostete die Sanierung zu viel. An der Gemeindeversammlung nur zweieinhalb Wochen später verwar-



### Finanzplanung

## Die Stadtkasse als Zankapfel

Im Wahlkampf sind sich alle einig, dass Zürich sparen muss. Wie, ist umstritten.

### Von Edgar Schuler

Zürich - Die SVP sieht die Stadt Zürich am finanziellen Abgrund: In ihrer Wahlkampfbroschüre kreist über dem Stadthaus ein Pleitegeier, Blitze krachen aus dem Gewitterhimmel. Die Partei schreibt, der SVP-freie Stadtrat habe einen «Schuldenberg von brutto 9,2 Milliarden Franken angehäuft».

Tatsächlich weist die Bilanz der Stadt Fremdkapital in dieser Höhe aus. Nur erklärt die SVP als Einzige diese Kennzahl zum Gradmesser für die finanzielle Lage der Stadt Zürich. Für den Kanton, den Stadtrat und die anderen Parteien ist das Eigenkapital massgebend. Diese Kennzahl lässt Zürich weit besser dastehen. Noch ist Eigenkapital in der Höhe von 642 Millionen Franken in der Stadtkasse. Allerdings sieht die Finanzplanung der nächsten Jahre dramatisch zu-

nehmende Defizite vor. Das Eigenkapital wäre dann schon in drei Jahren weggeschmolzen - falls der Stadtrat nicht bei den Ausgaben die Bremse anzieht. Oder wenn die Stadt mehr Geld einnimmt.

Der Stadtrat hat schon vor gut einem Jahr, noch mit Finanzvorstand Martin Vollenwyder (FDP), das Programm 17/0 eingeleitet. 17/0 ist kein finanzieller Notstopp, sondern eine über Jahre dosierte Bremsung. Der Stadtrat strebt eine ausgeglichene Rechnung ab 2017 an, sodass sich das Eigenkapital nicht in einen Bilanzfehlbetrag verwandelt. Er muss also innerhalb von drei Jahren eine Verbesserung von 440 Millionen Franken im städtischen 8,4-Milliarden-Haushalt hinkriegen.

Von 17/0 ist im Wahlkampf viel die Rede. Aber die Auswirkungen sind erst spärlich sichtbar: Von ihrem Herausforderer Filippo Leutenegger (FDP) aus der Reserve gelockt, nannte Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) Millioneneinsparungen bei der Sanierung der Schulhäuser Schauenberg und Hofacker als erste

Spareffekte. Bekannt geworden ist ausserdem, dass die Fussballvereine auf die Schneeräumung auf ihren Trainingsplätzen verzichten müssen. Und im Quartier Fluntern wird eine Magerwiese nicht wie geplant in einen Weinberg umgestaltet.

### Stadtrat hält sich bedeckt

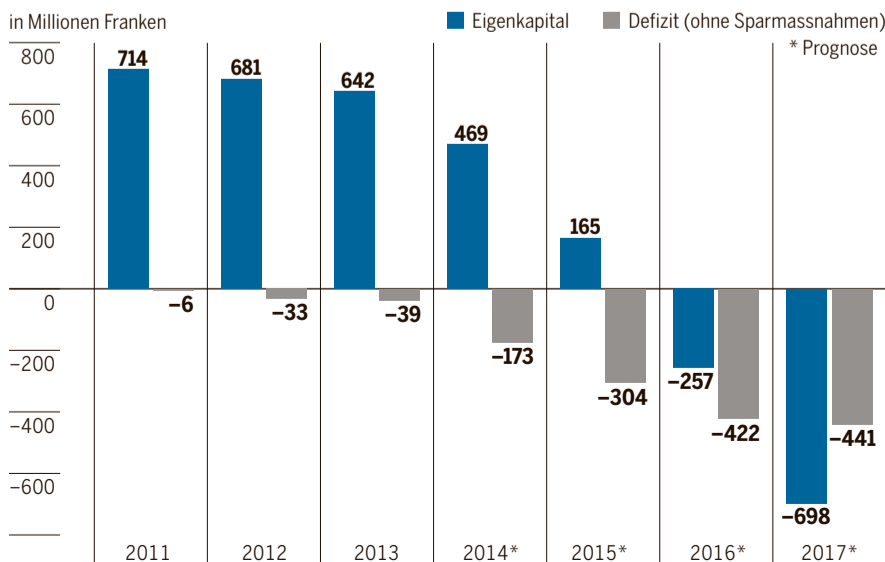
Ansonsten hält sich der Stadtrat bedeckt, wo er im städtischen Haushalt den Sparschäler ansetzen will. Eine Arbeitsgruppe im Finanzdepartement ist am Werk, die wirklich einschneidenden Beschlüsse sollen erst nach den Wahlen vom 9. Februar gefällt werden. Das gibt den Kandidaten von SVP und Filippo Leutenegger als Stadtrats-Outsider die wenige Munition in die Hand, die sie im Wahlkampf verwenden können. Der Vorwurf an den amtierenden Stadtrat, er sei zu spät und zu wenig hart auf die finanzielle Bremse getreten, ist der rote Faden in ihren Wahlkampfauftritten.

Dazu kommt die Gretchenfrage der Steuern. Schliesslich liesse sich das drohende Loch in der Kasse auch mit einer Erhöhung bei den (Steuer-)Einnahmen stopfen. Aber kein amtierender Stadtrat will vor der Wahl klar sagen, ob das für ihn infrage kommt oder nicht. Corine Mauch, als Stadtpräsidentin besonders im Schaufenster, flüchtet sich bei diesem Thema in wortreiches Schweigen.

Aber auch Filippo Leutenegger will nicht den Fehler von George Bush senior machen, der den Amerikanern im Wahlkampf «no new taxes» versprochen hatte - und dann als Präsident Steuererhöhungen dekretieren musste. Leutenegger sagt, er werde gegen eine Steuererhöhung «kämpfen».

Der Entscheid über den Steuerfuss liegt letztlich in der Hand des Gemeinderats. Viel wird darauf ankommen, wie die Kräfteverhältnisse nach der Wahl dort sind. Und ob das politische Klima Steuererhöhungen eher zulässt als in den letzten Jahren. Die Trendwende in Richtung höhere Steuern in den Zürcher Gemeinden und in anderen Kantonen könnte auch in der Stadt Zürich den Boden für eine Erhöhung bereiten.

### Entwicklung der städtischen Finanzen



TA-Grafik kmh / Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zürich

fen die Embracher eine Steuererhöhung um 2 Prozentpunkte. Die RPK hatte die Ablehnung empfohlen - weil das Schulhaus nicht saniert wird.

Reiner Eichenberger hat zusammen mit seinem Freiburger Kollegen Mark Schelker den Einfluss von Rechnungsprüfungskommissionen in Gemeinden in mehreren Kantonen untersucht und verglichen. Sie sind zum Ergebnis gekommen, dass unabhängige Rechnungsprüfungskommissionen mit umfassenden Kompetenzen und Antragsrechten die Steuerbelastung und die Ausgabenhöhe senken. Schelker und Eichenberger schreiben, ihre Ergebnisse seien vorläufig, aber «statistisch signifikant und ökonomisch höchst relevant».

Das Ungewöhnliche an dem Vorschlag ist, dass er die direktdemokratische Kommission von Gemeinden mit Gemeindeversammlung auf Parlamentsgemeinden übertragen will. Undenkbar ist das nicht: Die Städte Zug und Olten kennen solche Kommissionen als finanzielles Gewissen ausserhalb ihrer Parlamente bereits. Ihnen fehlt allerdings noch die Kompetenz, schon auf die Budgets einzuwirken. Das aber ist für die Wirksamkeit entscheidend.

### Unbeeindruckte Politiker

Vom Vorschlag aus der Wissenschaft zeigen sich Politiker unbeeindruckt. Stadtratskandidat Raphael Golta (SP) spricht von einer «absurden Idee». Die Stadt Zürich habe eine gewählte Regierung und ein gewähltes Parlament mit funktionierender RPK. Auch FDP-Kandidat Filippo Leutenegger glaubt nicht, dass es ein neues Gremium braucht, das «in Konkurrenz tritt mit bereits bestehenden». Eine Kommission à la Eichenberger würde ebenfalls Interessen vertreten. Bei der Stadt gehe es nicht ums Sparen, sie müsse das Ausgabenwachstum in den Griff kriegen. Die Instrumente dazu seien eine Stellenplafonierung und Globalbudgets mit Schuldenbremse, sagt Leutenegger, der als Nationalrat drei Jahre lang der Finanzkommission angehört hat.

GLP-Kandidat Samuel Dubno hält Eichenbergers Modell für die Stadt Zürich für wenig praktikabel: Die Kommission müsste derart viele Geschäfte prüfen, dass die Mitglieder vollamtlich angestellt sein müssten und damit bereits zur Verwaltung gehören würden. Zudem würde ein vom Volk gewähltes Gremium wohl die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat spiegeln. «Das ist wohl nicht im Sinne von Rainer Eichenberger», sagt Dubno, der Mitglied der städtischen RPK ist.

Roland Scheck als SVP-Kandidat lacht über Eichenbergers Vorschlag: «Eine neue Kontrollstelle ändert nichts - es würde nur alles komplizierter und teurer.» Die Stadt steure in den finanziellen Ruin. Das sei das Resultat des politischen Ungleichgewichts der Lager in Exekutive und Legislative.

Anzeige

**Für mehr Lebensqualität ohne Ausgrenzung.**

**NEIN zur SVP-Abschottungsinitiative!**

JEDE STIMME ZÄHLT - JETZT ABSTIMMEN!

Abstimmung vom 9. Februar 2014



**Wolff bleibt Wolff.**

Mit Biss! richard-wolff.ch

**Richard Wolff.**

9.2.14: Richard Wolff wieder in den Stadtrat.